

Die Bundeswehr – Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee?

Einige Lehren aus dem Ersten Weltkrieg

Von DR. HELMUT ROEWER

Ich werde im Folgenden das Thema Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee anhand der Lehren aus dem Ersten Weltkrieg behandeln. Um dies vorwegzunehmen: Ich bin ein strikter Befürworter der Wehrpflichtarmee. Meine Vorliebe für diese Organisationsform entspricht nicht nur unserm geltenden, jedoch weitgehend mutwillig missachteten Recht, sondern meine Überlegungen konzentrieren sich auf den Einsatzwert einer Armee nach innen und außen. Es geht um ihre Kampfkraft. Nun zu den Einzelheiten:

Zu den Lieblingserklärungen der deutschen Militärelite nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg gehörte die Behauptung, die Heimat sei dem unbesiegten Heer in den Rücken gefallen (sog. Dolchstoßlegende). Diese Behauptung wurde gleich nach Kriegsende ausgesprochen. Sie beruhte im Wesentlichen auf dem Umstand, dass, von unbedeutenden Episoden abgesehen, bis zum letzten Tag des Krieges kein feindlicher Soldat seinen Fuß auf deutschen Boden gesetzt hatte. Hinzu kam, dass im November 1918 die endlosen Kolonnen der von der Westfront abrückenden Kampfformationen in leidlich guter Ordnung über die Rheinbrücken zogen, von der Bevölkerung mit Blumen begrüßt.

Hierüber ist später von Leuten viel Aufhebens gemacht worden, die nach Beweisen für den deutschen Militarismus fahndeten. Sie haben den leicht nachvollziehbaren Umstand lieber beiseite gelassen, dass diese Bevölkerung sich nach nichts anderem sehnte als nach Ruhe und Ordnung, nachdem sie mit Banden von marodierenden Drückebergern zu tun gekriegt hatte, die unter allerlei verwegenen klingenden Titeln versucht hatten, die Macht an sich zu reißen.

Bis es soweit kam, war mancherlei vorgefallen: Spätestens seit Sommer 1918 erlitt die Kampfmoral der deutschen Truppen bedenkliche Einbrüche. In der deutschen Nachkriegs-Militärliteratur kommt dieses unangenehme Kapitel der deutschen Kriegsgeschichte, wenn überhaupt, nur am Rande vor. Der Grund für diese Abstinenz ist leicht zu entschlüsseln: Eine innerlich zerbrechende Armee und die Formel *Im Felde unbesiegt* lassen sich nur schwer miteinander vereinbaren. So haben denn alle, die aus der Warte des deutschen Militär-Establishments über die Kriegsgeschichte schrieben, nach einem einleuchtenden Grund für die Auflösungserscheinungen von Heer und Marine gesucht. Man fand einen solchen Grund: Die Zersetzung der deutschen Kampfmoral sei durch den inneren Feind erfolgt. Und damit nicht genug: der innere Feind sei durch den äußeren zu diesem Tun angestiftet und dann handfest unterstützt worden.

Eine Untersuchung über Kampfmoral und sozialistische Zersetzungsarbeit muss mit einer Bemerkung zur Wehrpflicht beginnen. Wehrtaugliche junge Männer mussten im Deutschen Reich Wehrdienst leisten. Soweit das Grundprinzip. Mustert man die seinerzeit stattfindenden Erörterungen zur Wehrpflichtarmee durch, stellt man fest, dass diese sich mit Fragen der Gesamtstärke, Wehrdienstdauer und der Wehrgerechtigkeit befasst haben. Das

sind typische Friedenszeitdiskussionen, wie sie hundert Jahre später zu Beginn des 21. Jahrhunderts erneut in Deutschland auf der politischen Agenda zu finden waren. Solche Diskussionen sparen sorgsam den Kern der Kriegsfallproblematik einer Wehrpflichtarmee aus.

Eine Wehrpflichtarmee besitzt hundertausendfache Verknüpfungen mit dem Volk, aus dem sie rekrutiert wurde. Volkswille und innere Verfasstheit der Armee ähneln sich aufs Haar. Da zudem keinem gescheiten, in annehmbaren Verhältnissen lebenden Volk nach Krieg zumute ist, bedarf die innere Mobilisierung einer Wehrpflichtarmee sorgsamer Motivierung. Diese Armee kämpft sonst nicht richtig oder gar nicht. Gelingt diese Motivierung, dann ist die Wehrpflichtarmee jeder anderen an Kampfmoral turmhoch überlegen.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs gelang die Mobilisierung der deutschen Wehrpflichtarmee vortrefflich. Sie gelang nicht nur, weil der Kaiser die einprägsame Formel *Mitten im Frieden überfällt uns der Feind* benutzt hatte, sondern weil die deutsche Sozialdemokratie dieser Formel am 4. August 1914 bei der Verabschiedung des Kriegshaushalts ohne Wenn und Aber zustimmte. Diese Zustimmung lag deswegen auf der Hand, weil die Fakten mit der Propagandaformel übereinstimmten.

Die Ergebnisse dieser Motivierung waren nach wenigen Tagen an allen Kampffronten zu besichtigen. Deutschen Soldaten kämpften mit Todesverachtung und bis zur physischen Erschöpfung. Vor allem die Grenzschlachten im Osten gegen einen zahlenmäßig weit überlegenen Feind wären sonst so, wie sie stattfanden, nicht möglich gewesen. Zu den Folgen der überlegenen deutschen Kampfmoral gehörte der Umstand, dass es der deutschen Militärführung möglich wurde, das Kriegsgeschehen weit ins Feindesland hineinzutragen. Dies war für Deutschlands Gegner und für Deutschland selbst jeweils ein janusköpfiger Vorgang. Deutschlands Gegner kämpften mit einem Gefühl der Unterlegenheit, hatten aber den propagandistischen Vorteil, angesichts der auf dem eigenen Territorium stattfindenden Kriegshandlungen unablässig von deutscher Aggression sprechen zu können.

In Deutschland lagen die Dinge nachgerade umgekehrt. Die Anfangserfolge der deutschen Truppen, ihre scheinbare Unbesiegbarkeit, weckte Überheblichkeit und Eroberer-Phantasien, die mit dem Lebensgefühl der Vorkriegszeit nicht übereinstimmten. Nunmehr konnten sich jene Gehör verschaffen, die vor dem Krieg als sog. Alldeutsche belächelte Außenseiter gewesen waren. Deutsche Professoren verwandelten ihre Studierstuben in Schlachtfelder zur Neuordnung der Welt. Solche publizistischen Landnahme-Ritte ins Feindesland mussten sich automatisch mit all jenen in Widerspruch setzen, die dem Krieg zugestimmt hatten, um Deutschland gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen.

Es hat nicht an Wort und Widerwort gefehlt, obschon die Reichsleitung alsbald jegliche Kriegszieldiskussion verbot und alles, was dennoch ans Tageslicht drang, zu unterdrücken suchte. Es hat jedoch, man muss es nüchtern konstatieren, in der Reichsleitung an den entscheidenden Stellen an Leuten gefehlt, die, nicht geblendet von fragwürdigen militärischen Erfolgen, klar erkannten, was das Gebot der Stunde war. Das

war: Deutschland aus diesem Krieg ohne den ganzen Annexions-Klimbim unverzüglich herauszuführen.

Was die Sozialdemokratie im August 1914 freiwillig beschlossen hatte, nannte man den Burgfrieden. Das klang ein bisschen schwülstig, was wohl dem Zeitgeist mit seiner Ritterromantik geschuldet war. Man muss nur die in jenen Tagen restaurierten mittelalterlichen Burgen betrachten, dann erkennt man, was vielen Leuten vor hundert Jahren gefiel.

Der Burgfrieden wurde in dem Moment brüchig, als die Burg gar nicht mehr bedroht erschien. Dieses Gefühl musste eintreten, als man sich öffentlich über Fürstentümer im Baltikum, den Hafen von Antwerpen, Kohlegruben in Longwy und über weitere Kolonien in Schwarzafrika zu unterhalten begann. Das konnte auf Dauer kaum gut gehen, denn Deutschland was angesichts des äußeren Drucks, den seine Feinde ausübten, nur zum Widerstand in der Lage, wenn es nicht zusätzlich durch innere Fronten belastet war. Dass diese inneren Fronten aufbrachen, ja aufbrechen mussten, war angesichts der scharfen Kontroversen, die zwischen der Reichsleitung, Politik und der OHL ausgefochten wurden, kaum zu verwundern.

Die Entstehung der inneren Fronten wurde durch den Umstand begünstigt, dass die SPD nach ihrem Eintritt für den Burgfrieden den Reichstagsfraktionen des katholischen Zentrums und der liberalen Parteien ein akzeptabler Partner wurde. So entstanden im Reichstag, ehe es sich die Reichsregierung versah, völlig neue Mehrheitsverhältnisse unter Einschluss der SPD. Die konservativen Kräfte, die zugleich die Unterstützer der OHL gegen die Reichsregierung waren, wurden so über Nacht zur Minderheit, die für parlamentarische Mehrheitsbildung nicht mehr benötigt wurde.

Ganz allmählich, ab 1916 dann unübersehbar, bekam der Burgfrieden zusätzliche Risse. Diese durchzogen die SPD in etwa entlang der dort seit langem vorhandenen innerparteilichen Gegensätze zwischen dem revolutionären und dem revisionistischen Flügel. Die Revolutionäre innerhalb der deutschen Arbeiterpartei waren deutlich in der Minderheit, doch lautstark dadurch, dass sie in der Berliner örtlichen Parteiorganisation und in der Redaktion des SPD-Zentralorgans *Der Vorwärts* das Sagen hatten.

Im Zusammenhang mit Zensurmaßnahmen der Militärbehörden gegen den Vorwärts beschloss der SPD-Vorstand die Redaktion von den revolutionären Mitgliedern zu säubern, weil dort durch rabiate Agitation sowohl der innere Zusammenhalt der SPD wie auch der nationale Burgfriede bewusst sabotiert wurde. Im Frühjahr 1917 kam es dann zur Abspaltung der USPD aus der SPD. Der radikale Teil, die USPD also, enthielt auch einen konspirativen, revolutionären Nukleus, den Spartacus, aus dem später die KPD entstehen sollte.

Sollten Preußens konservative und militärische Hardliner nun angenommen haben, sie hätten nach dem Prinzip des *divide et impera* einen Sieg errungen, so unterlagen sie einem gravierenden Irrtum. Sollten sie zudem angenommen haben, dass sie die nunmehr verbliebenen Sozialdemokraten als verzichtbare Größe ansehen durften, dann waren sie verblendet oder weltfremd. Sie hätten wenigstens die Beschlusslage der SPD, wie sie in der

Reichskonferenz von 1916 ihren Ausdruck bekommen hatte, zur Kenntnis nehmen müssen. Dort hieß es:

Die Konferenz anerkennt die Pflicht zur Landesverteidigung. ... Noch immer ist dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg, immer noch gilt es, schwere Gefahren, die unserm Land drohen und die die Arbeiterschaft nicht zuletzt treffen würden, abzuwehren. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor entschlossen, auszuharren in der Verteidigung unseres Landes, bis die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands gewährt.

Es entzog sich offenbar den preußischen stock-konservativen Eliten, dass ohne diesen Einsatz der SPD der deutsche Kriegskarren nicht gezogen werden konnte. Es hätte lediglich zweier Wörter aus dieser Richtung bedurft – „ohne uns“ – und die ganze Kriegsmoral der Wehrpflichtarmee wäre baden gegangen.

Der eigentliche Knackpunkt lag denn auch woanders. Man lese den Rest der Entschließung:

Ebenso entschlossen aber wendet sich die Sozialdemokratie gegen die Treibereien und Forderungen derer, die dem Krieg den Charakter eines deutschen Eroberungskrieges geben wollen. Sie verwirft grundsätzlich diese Politik.

Man stelle sich für einen Moment vor, die Reichsleitung hätte diese Grundsätze unzweideutig zum Gegenstand ihrer Friedensinitiativen gemacht, dann wären weite Teile der Feindstaatenpropaganda in sich zusammengesackt, denn diese selbstbewussten und vaterlandsliebenden Sozialdemokraten wollten eines jedenfalls mit Sicherheit nicht: Sie wollten von den Entente-Staaten nicht befreit werden. Was diese Männer und wenigen Frauen in Sachen Demokratie und Parlamentarismus zu fordern hatten, wussten sie selbst, und wie sie es durchzusetzen gedachten, wussten sie auch – und besser.

Die Parteispaltung der Sozialdemokraten in SPD und USPD bewirkte, dass die einheitliche politische Lenkung der Arbeiterschaft durch eine staatstreue Parteileitung beendet wurde. Die Folgen sollten nicht lange auf sich warten lassen. Sie fanden ihren Ausdruck in Streiks, von denen der Berliner Munitionsarbeiterstreik der bekannteste wurde. Dieser Streik ereignete sich im Januar 1918. Das war exakt die Zeit, als sich die OHL für einen entscheidenden Schlag an der Westfront rüstete. Zeitgleich fanden in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen mit der neuen Regierung von Russland statt. Als die Sowjets unter Trotzki nicht gleich klein beigeben mochten, schaltete die deutsche Seite wieder auf Gewalt um.

So wurden Kräfte vergeudet und innenpolitisches Porzellan zerschlagen, denn selbstredend war es so, dass bemerkbare Teile der deutschen Sozialdemokratie den Umsturz in Russland mit Sympathie verfolgt hatten. Nun also zeigte, so mussten sie es sehen, die deutsche kaiserliche Regierung ihre hässliche imperialistische Fratze. Von Zustimmung zu solchem Tun konnte innerhalb der SPD und auch bei den anderen sog. Mehrheitsparteien keine Rede mehr sein. Die Reichsleitung verlor ihre innenpolitischen Bastionen.

Neben dem Einbruch der parlamentarischen Basis gab es auch ein Vordringen konspirativer Kräfte. Sie sammelten sich im Umfeld der USPD. Ihr Ziel hieß Umsturz. Wer den

Spartacus, die Monatsschrift der gleichnamigen konspirativen Gruppe innerhalb der USPD lesen konnte, stieß in der Januar-Nummer auf die unverhohlene Aufforderung zum Umsturz:

Der allgemeine Friede lässt sich der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen. Nur mit der Fackel der Revolution, nur im offenen Massenkampfe um die politische Macht lässt sich jetzt das erneute Auflodern des Völkermordens und der Triumph der deutschen Annexionisten im Osten und Westen verhindern. Die deutschen Arbeiter sind jetzt berufen, die Botschaft der Revolution und des Friedens vom Osten nach dem Westen zu tragen.

Soweit der *Spartacus*. Nostalgiker auf Bauhausmobiliar haben Schriften dieser Art zum Gegenstand ihrer Andacht erhoben. Doch in Wirklichkeit war der Verbreitungs- und damit der Wirkungsgrad gering. Allerdings war jetzt ein Ton angeschlagen, der sich rumsprach.

Das Rundsprechverfahren von Mund zu Mund wurde von jenen gewählt, die in Berlin am Sonntag, den 27. Januar 1918, den Streik beschlossen. Beginn am nächsten Tag. Wie viele Arbeiter sich an dem Ausstand beteiligten, ist umstritten. Es ist von 100.000 und bis zu 650.000 Menschen die Rede. Bemerkenswert ist in jedem Fall, dass dies ein politischer Streik war. Die aufgestellten Forderungen lassen keinen Zweifel aufkommen:

1. Schleunige Herbeiführung des Friedens unter den von den Bolschewiki formulierten Bedingungen.
2. Beteiligung von Arbeitervertretern bei den Friedensverhandlungen.
3. Bessere Ernährung durch schärfere Erfassung aller Lebensmittel.
4. Aufhebung des Belagerungszustandes, der Schutzhaft und der Militarisierung der Betriebe.
5. Amnestie für politische Verbrecher.
6. Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen.

Zudem wurde die Forderung aufgestellt, dass der Staatssekretär des Innern sofort über diese Forderungen mit der Streikleitung zu verhandeln habe. Doch die Reichsregierung dachte im Traum nicht daran. Der Oberbefehlshaber in den Marken verhängte den verschärften Belagerungszustand. Das bedeutete, er erließ Ausgangssperren, verfügte, die Streikführer festzunehmen, und ließ Beteiligte zur Armee einziehen.

Durch solch scharfes Durchgreifen sei der Streik nach sieben Tagen in sich zusammengebrochen. Doch das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit lag das Streikende an SPD und Gewerkschaften, die den Ausstand nicht unterstützten. Das bedeutet natürlich vor allem auch: nicht finanziell unterstützten. So brach der Streik in sich zusammen.

Der Streik bedeutete für die SPD erneut eine Zerreißprobe. Der Kampf gegen den Annexionsfrieden im Osten war auch ihr Kampf, der Kampf für den Bolschewismus hingegen nicht. Das offensichtliche Abrücken der Reichsleitung vom reinen Verteidigungskrieg rückte die Unterstützung der Kriegführung nunmehr in die Nähe des baldigen Endes. Es war ein Kampf der SPD um die eigene Glaubwürdigkeit und vor allem um den weiteren Rückhalt bei den Arbeitermassen. Aus diesem Grund war die Partei auf die Linie eingeschwenkt, den Streik zwar nicht zu unterstützen, aber auch nicht zu verurteilen.

Interessant ist nun, wie das politische Establishment auf diesen Kurs reagierte. Der Departements-Chef im preußischen Kriegsministerium Ernst von Wrisberg hat Wissenswertes dazu aufgeschrieben. Die SPD habe damit, so schrieb er, ihr wahres Gesicht offenbart. Deswegen sei es in der Folgezeit darauf angekommen, mit schärfsten Mitteln durchzugreifen, was dann allerdings nicht geschehen sei.

Der heutige Leser solcher Texte fragt: An welche Mittel dachten Sie denn so, Herr General? Massenweise Festnahmen, Waffengebrauch, Masseneinberufungen zur Armee, Strafverfahren wegen Landesverrats, militärische Vorgesetzte in den Industriebetrieben? Wie auch immer, was Wrisberg dort aufgeschrieben hat, ist nicht die Einzelmeinung eines verbitterten, aus Amt und Würden entfernten Hardliners, sondern er bewegte sich im Denkgebäude der deutschen militärischen Führung. Schreiben des OHL-Duos Hindenburg-Ludendorff an den Reichskanzler und den preußischen Kriegsminister vom 17./18. Februar 1918, also Tage nach dem Ende des Januarstreiks, weisen dies aus. Auch in diesen Schreiben kommt diese merkwürdige Wendung vor, man müsse von der Sozialdemokratie erzwingen, dass sie endlich Farbe bekenne.

Solche Texte sind heute noch interessant, weil sie eins zu eins politische Grundüberzeugungen eines tonangebenden Teils der preußischen Gesellschaft widerspiegeln. Dieser Teil der preußischen Eliten hatte nicht begriffen, dass die armen Leute nicht mit Siegesmeldungen satt zu kriegen waren und lange Warteschlangen vor den Geschäften bei jedem Wetter vor allem eines waren: ein Hort für Gerüchte und Unzufriedenheit. Jede Maßnahme der Staatsführung, die geeignet schien, den Krieg zu verlängern, musste auf erbitterte Ablehnung stoßen.

Wenn es nicht ein fades Wortspiel wäre, könnte man sagen: die deutsche Militärelite ließ keinen Fehler aus: Der U-Boot-Krieg, die Verhinderung eines sofortigen Friedens mit Russland, die Kräfte-verschlingenden Westoffensiven nebst schädlichen Siegesposaunen. Die Fehlentscheidungen rissen ein scheunentorgroßes Loch in die Verteidigungskrieg-Strategie, mit der man das deutsche Volk hinter seiner Führung versammelt hatte. Dynastische Begehrlichkeiten und argumentative Spitzfindigkeiten sind nicht einleuchtend, wenn es um Kälte und Hunger geht und der geschlagene russische Feind mit seinen Parolen vom Verzicht auf Annexionen und Kontributionen die klassischen Merkmale eines reinen Verteidigungskrieges auf den Punkt bringt. Die Gegenansicht, die in Deutschland vertreten und durchgesetzt wurde, fußte auf deutscher Ehre und der Kreierung eines Unworts, nämlich des Verzichtsfriedens. Diejenigen, die es verächtlich benutzten, bemerkten nicht, dass es für die breite Masse einen guten Klang hatte.

So wundert es kaum, dass die Meinung vieler mit jener der politischen Führung nicht mehr übereinstimmte. Bezeichnend mag auch sein, dass sie in den Parlamenten bestenfalls vage an die Oberfläche kam. Der eigentliche Ort der Unzufriedenheit wurden die Betriebe. Der Massenstreik vom Januar 1918 hatte einen ersten Vorgeschmack gegeben. Mit seinem Zusammenbruch war das Ereignis zu Ende, aber nicht der Anlass beseitigt.

Preußens politische Polizei hatte allen Anlass weiter misstrauisch zu sein. Sie erhielt Unterstützung durch die militärischen Stellen, die sich auf das Belagerungsgesetz beriefen. Das hatte Konsequenzen. Die OHL plante nunmehr, im Zweifelsfall mit Truppen gegen

auführerische Bevölkerungsteile vorzugehen. Zu diesem Zweck wurden erprobte Fronttruppen ins Heimatgebiet, vor allem in den Großraum Berlin verlegt. Wer so handelt, hat im Hinterkopf, dass er beträchtliche Teile des Volkes nicht mehr auf seiner Seite hat, und wer unter solchen Voraussetzungen einen Entscheidungskampf an der Hauptfront im Westen sucht und einen truppenintensiven Luxuskrieg im Osten führt, handelt nicht wie ein seinem Volk verantwortlicher Feldherr, sondern wie ein Roulette-Spieler, dem einige kleinere Gewinne zu Kopf gestiegen sind. Niemand aus der preußisch-deutschen Militärelite musste sich im Nachhinein über das eigene Volk beschweren. Die Leute merkten sehr wohl, dass hier mit gezinkten Karten gespielt wurde. Dieser Krieg war deswegen nicht mehr ihr Krieg. Deswegen stiegen sie aus, wo immer sie es vermochten.

Die Sozialdemokraten hierfür in Bausch und Bogen zu verdammen, war weder klug noch ehrlich. Sie hatten sich 1916/17 von jenen getrennt, die im utopischen Pazifismus den Hebel zur Macht sahen. Denn solchen Leuten war die Niederlage recht, sie war notwendiges Durchlaufstadium. Anders die SPD. Sie fürchtete mit gutem Grund um ihre Führungsrolle in der Arbeiterschaft.

Wenn Preußens Militärelite demgegenüber lautstark höhnte, die SPD müsse jetzt Farbe bekennen, war dies weder ehrlich noch klug. Deutschlands militärische Führer irrten sich über die Stärke ihres Blattes. Sie hatten nicht begriffen, dass sie einen erheblichen Teil ihrer Macht an das Volk abgetreten hatten. Die Abtretungserklärung hieß Wehrpflicht. Über deren Wirkung im Kriege wurde bereits oben einiges gesagt. Hinzuzufügen ist, dass eine Wehrpflichtarmee nicht gegen das eigene Volk eingesetzt werden kann. Sie wird den Gehorsam verweigern.

So geschah es dann in jenem schicksalhaften Spätherbst 1918, nachdem sich im Sommer 1917 bei Meutereien in der Kriegsmarine erste Vorboten gezeigt hatten. Nunmehr löste sich die Wehrpflichtarmee selbst auf. Die im November und Dezember 1918 nach Berlin zurückkehrenden Fronttruppen wollten nur noch eines: nach Hause.

Das waren die Lehren, die nach meiner Ansicht aus dem Ersten Weltkrieg zu ziehen sind. Das Vorstehende ist ein verkürzter Auszug aus meinem jüngsten Buch: *Unterwegs zur Weltherrschaft. Warum England den Ersten Weltkrieg auslöste und Amerika ihn gewann.* Zürich, Scidinge Hall Verlag, 2016.